

Stefan Huber, Mitglied GGR
stefan@leerzeit.ch

Präsident, Grosser Gemeinderat
Ivano De Gobbi
Gubelstrasse 22
6301 Zug

Zug, 12.06.2026

Dringliche Motion: Medienmitteilungen zu Sitzungen des Grossen Gemeinderates - Grundsätze für eine nachvollziehbare Wiedergabe der Ratsdebatte

Eingereicht von der GLP-Fraktion, der SP-Fraktion und der SVP-Fraktion

Auftrag

Der Stadtrat wird beauftragt, Medienmitteilungen über Sitzungen des Grossen Gemeinderates (GGR) ab der ersten Sitzung nach der Sommerpause (18.08.2026) so auszugestalten, dass bei Geschäften mit Debatte die Willensbildung des Rates sachlich und nachvollziehbar abgebildet wird. Verbindlich sind die folgenden Grundsätze. Die konkrete redaktionelle Ausgestaltung bleibt der zuständigen Stelle überlassen.

1. **Debatte und Willensbildung:** Bei Geschäften mit Wortmeldungen, Anträgen oder erkennbaren Gegenpositionen werden die Positionen der Fraktionen, die tragenden Gründe der Mehrheit und wesentliche Minderheitspositionen so wiedergegeben, dass der Beschluss nachvollziehbar ist. Weicht der Rat vom Antrag des Stadtrats oder einer Kommission ab, wird der tragende Grund genannt.
2. **Anträge und Ergebnis:** Entscheidungsrelevante Anträge sowie Ergebnis und Stimmenverhältnis werden festgehalten. Stillschweigende Beschlüsse werden als solche bezeichnet. Aufzuführen sind Änderungen mit materiellem Gehalt. Rein sprachliche, technische oder formale Anpassungen ohne Einfluss auf Inhalt, Tragweite oder politische Aussage müssen nicht erwähnt werden.
3. **Sachlichkeit und Augenmass:** Die Wiedergabe ist sachlich und wertungsfrei. Umfang und Tiefe richten sich nach Bedeutung und Kontroverse des Geschäfts. Angestrebt ist eine kurze, verständliche Verdichtung, kein Wortprotokoll. Geschäfte ohne Debatte oder zusätzliche Anträge können als knappe Resultatmeldung geführt werden.
4. **Nachvollziehbarkeit und Grundlagen:** Soweit verfügbar, wird auf Vorlage, Kommissionsberichte, Protokoll und Aufzeichnung verwiesen. Technische Hilfsmittel oder KI dürfen unterstützen. Die redaktionelle Verantwortung bleibt bei der zuständigen Stelle.
5. **Nachsteuerung:** Zeigt sich nach der Einführung, dass die Mitteilungen die Willensbildung trotz dieser Grundsätze nicht genügend abbilden, überprüft der Stadtrat die Praxis und nimmt die nötigen Anpassungen in Zusammenarbeit mit dem Büro GGR vor.

Für diese Motion wird gestützt auf § 42 Abs. 1ter GSO die sofortige Behandlung an der Sitzung vom 16.06.2026 beantragt: Als reine Stiländerung ohne Erlassanpassung, ohne zusätzliche Mittel und ohne Abklärungsbedarf braucht sie keinen Bericht und Antrag des Stadtrats - der Verzicht darauf erspart Rat und Verwaltung ein Jahr Verfahren und unnötigen Aufwand und ermöglicht die Umsetzung bereits nach der Sommerpause.

Begründung

Die Medienmitteilung ist für die meisten die einzige praktikable Übersicht über eine GGR-Sitzung. Ihr Mehrwert liegt in der Verdichtung der Debatte: welche Positionen die Fraktionen vertraten, welche Gründe den Ausschlag gaben, welche Gegenpositionen bestanden. Genau das leistet die aktuelle Mitteilung nicht; sie wiederholt die ohnehin bekannte Stadtratsposition.

Schon vor der Formatumstellung im Oktober 2025 standen die Mitteilungen in der Kritik, seither hat sich das Problem zugespitzt: Selbst wenn der Rat vom Antrag des Stadtrats abweicht, bleiben dessen Position und das Stimmenverhältnis sichtbar, die Gründe des Rates jedoch im Dunkeln - jüngstes Beispiel ist die Mitteilung zur Sitzung vom 26.05.2026. Das ist eine Zweckverkehrung: Die Mitteilung ergeht im Auftrag des Büros des GGR und soll den Ratsprozess abbilden, nicht die Stadtratsargumente wiederholen. Hinweise mehrerer Ratsmitglieder blieben folgenlos; am 02.06.2026 hat der Stadtrat mitgeteilt, ohne Begründung an der Praxis festzuhalten.

Die Motion verlangt deshalb verbindliche Mindeststandards - kein Wortprotokoll, keinen Bericht und Antrag, keine neue Fachstelle, sondern eine einfach umzusetzende Stilumstellung mit Verdichtung auf Grundlage der vorhandenen Vorlagen, Kommissionsberichte, Aufzeichnungen und Transkripte. Da jede Fraktion je nach Geschäft Mehrheit oder Minderheit ist, dient die faire Darstellung der tragenden Argumente dem Rat als Ganzes. Der Anhang ab der folgenden Seite zeigt am Beispiel der Sitzung vom 26.05.2026 die gemeinte Informationsdichte: Mit rund 3'000 Wörtern ist er kaum länger als die bisherige Mitteilung (rund 2'700 Wörter), bildet die Debatte aber vollständig nachvollziehbar und transparent ab.

Die einreichenden Fraktionen



Anhang

Beispiel: Sitzung des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug vom 26.05.2026 - debattengerechte Wiedergabe nach den Grundsätzen

5. Sitzung 2026 (Legislatur 2023-2026), 26.05.2026, 17:00-21:15 Uhr, Kantonsratssaal, Regierungsgebäude Zug. Anwesend: 36 von 40 Mitgliedern. Vorsitz: Ivano De Gobbi (SP), Vizepräsidium: Beatrice Emmenegger (Die Mitte).

Arbeitsgrundlagen des Beispiels:

- Medienmitteilung der Stadt Zug «Geschäfte und Resultate der Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) vom 26. Mai 2026»;
- VTT-Transkript des Vimeo-Live-Streams (Aufzeichnung: <https://vimeo.com/1195643330?fl=pl&fe=vl>);
- GGR-Mitgliederliste 2023-2026 zur Bereinigung von Namen, Funktionen und Fraktionszugehörigkeiten;
- Vorlagen und Kommissionsberichte aus dem Ratsinformationssystem.

Hinweis: Der Anhang ist eine verdichtete Beispielfassung. Er ist kein Wortprotokoll und ersetzt keine amtlichen Protokolle oder Vorlagen. Er zeigt, welche Informationsdichte mit den beantragten Grundsätzen gemeint ist.

Traktandum 1: Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 4/2026

Ausgangslage: Der Rat behandelte drei Änderungsanträge zur Traktandenliste und das Protokoll der Sitzung vom 28.04.2026.

Debatte: Die SVP-Fraktion beantragte, die Traktanden 7 und 8 vor Traktandum 6 zu behandeln, da die Traktandenliste immer länger werde und Geschäfte des Stadtrats oft bevorzugt würden. Die Mitte-Fraktion lehnte dies ab und mahnte Selbstdisziplin im Rat an. Die FDP-Fraktion beantragte, die ÖV-Traktanden 8.1, 8.2 und 8.7 nacheinander sowie Traktandum 6.2 vor 6.1 zu beraten; die glp-Fraktion unterstützte den zweiten Antrag mit Hinweis auf die Nutzungsabhängigkeit eines wesentlichen Kostenanteils. Der Stadtschreiber erläuterte das Verfahren und verwies auf die bisherige Reihenfolge-Praxis.

Anträge und Ergebnis: Antrag SVP (Traktanden 7 und 8 vor 6): mit 10 Ja zu 21 Nein bei 5 Enthaltungen abgelehnt. Antrag FDP (8.7 nach 8.2): mit 36 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen angenommen. Antrag FDP (6.2 vor 6.1): mit 34 Ja zu 0 Nein bei 1 Enthaltung angenommen. Die restliche Traktandenliste und das Protokoll Nr. 4/2026 wurden stillschweigend genehmigt.

Nachvollziehbarkeit: Aufzeichnung ab 00:08:40.

Traktandum 2: Vereidigung der Ratsmitglieder

Ergebnis: Es fand keine Vereidigung statt.

Traktandum 3: Kommissionsbestellungen

Ergebnis: Es erfolgte keine Kommissionsbestellung.

Traktandum 4: Eingänge parlamentarischer Vorstösse und Eingaben

4.1 Interpellation der SP-Fraktion vom 28.04.2026 betreffend «Wann wird der Seeuferweg durchgängig sein?» (3010 SR)

Ergebnis: Eingangsverlesen. Der Stadtrat hat gemäss § 43 Abs. 2 GSO drei Monate Zeit für die schriftliche Beantwortung.

4.2 Motion der SVP-Fraktion vom 15.05.2026 betreffend «Einheitliche Abfalltrennung am Zuger Seeufer»

Ergebnis: Eingangsverlesen. Wird an der Sitzung vom 16.06.2026 zur Überweisung traktandiert.

Nachvollziehbarkeit: Aufzeichnung ab 00:20:44.

Traktandum 5.1: Postulat D. Meyer (glp) und D. Blank (FDP) vom 21.04.2026 betreffend Einführung von «Rondellen» bei Strassenabläufen

Ergebnis: Keine Wortmeldung; das Postulat wurde stillschweigend an den Stadtrat überwiesen. Der Stadtrat hat für die Behandlung zwölf Monate Zeit.

Nachvollziehbarkeit: Aufzeichnung ab 00:21:19.

Traktandum 6.2: 2999 SR - Verein Zuger Kirschwasser Gesellschaft; drei Beiträge und Subventionsvereinbarung 2028-2031 (auf Antrag der FDP vor 6.1 behandelt)

Ausgangslage: Der Stadtrat beantragte einen einmaligen Beitrag von 100'000 Franken für die Sammlungsausstellung 2028, einen einmaligen Beitrag von 50'000 Franken für Einrichtung und Inbetriebnahme 2028 sowie wiederkehrende Beiträge von dreimal 134'000 Franken für den Betrieb 2029-2031; insgesamt 552'000 Franken. Grundlage war eine Subventionsvereinbarung mit dem neu gegründeten Verein.

Kommissionsberichte: Die BPK beantragte mit 8:2 Stimmen Zustimmung, verbunden mit der Zusicherung, dass eine Tarifabstufung analog städtische Säle in der Subventionsvereinbarung verankert wird. Die GPK beantragte mit Stichentscheid Rückweisung und eventualiter Anpassungen: Verkürzung der Laufzeit von drei auf zwei Jahre, Übertragung der Sammlung bis spätestens 2030 an den Verein sowie Überarbeitung der Subventionsvereinbarung.

Debatte in Reihenfolge der Voten:

- **SP-Fraktion:** Rückweisungsantrag mit dem Auftrag, die Nutzung der Räumlichkeiten an der Ägeristrasse 40 öffentlich auszuschreiben. Es brauche einen Kriterienkatalog und einen transparenten Prozess, damit auch andere Vereine eine Bewerbungschance erhielten.
- **FDP-Fraktion:** Unterstützte die Rückweisung gemäss GPK. Verlangte eine Eigenfinanzierung von rund einem Drittel, eine ausgewogene Gewinn-/Verlustregelung und Klarheit zum Eigentum an der Sammlung; verwies auf das Kunsthhaus.
- **glp-Fraktion:** Unterstützte die Rückweisung der GPK. Kritisiert wurden der hohe Anteil öffentlicher Finanzierung, die fehlende Eigentumsübertragung der Sammlung in der Vereinbarung und das fehlende Exit-Szenario mit messbaren Kennzahlen.
- **Die Mitte-Fraktion:** Unterstützte die GPK-Anträge einschliesslich Rückweisung, lehnte aber die öffentliche Ausschreibung der Nutzung ab; der Stadtrat dürfe die Stossrichtung verantworten.
- **SVP-Fraktion:** Unterstützte die Rückweisung und sämtliche GPK-Anträge und widersprach der positiven Grunddarstellung der Vorlage.
- **ALG/CSP-Fraktion:** Lehnte den SP-Antrag grossmehrheitlich ab, da städtische Kulturinstitutionen oft aus Eigeninitiative entstanden seien. Die Eigenfinanzierungsbedingung der GPK wurde als nicht zwingend beurteilt; zugleich wurde ein quartiernaher Mitwirkungsprozess angeregt.
- **Einzelvotum aus der SP-Fraktion:** Kritisierte die Catering-Bindung und das Muster, dass wenige Personen einen Verein gründen und ein städtisch unterstütztes Vereinshaus erhalten.

Stellungnahme Stadtrat: Stadtpräsident André Wicki (SVP) übernahm die GPK-Anträge zur Eigentumsübertragung der Sammlung bis 2030 und zur verkürzten Laufzeit, lehnte eine öffentliche Neuausschreibung des Standorts jedoch ab.

Anträge und Ergebnis: In der Bereinigung der Rückweisungsanträge stellte der Rat den Antrag der GPK dem Antrag der SP-Fraktion mit 24 Ja zu 6 Nein bei 4 Enthaltungen voran. In der Hauptabstimmung wurde die Vorlage gemäss GPK-Antrag mit 22 Ja zu 8 Nein bei 5 Enthaltungen an den Stadtrat zurückgewiesen, mit dem Auftrag, Governance, Betriebskonzept und Eigenfinanzierung zu überarbeiten.

Nachvollziehbarkeit: Vorlage 2999 SR vom 24.03.2026; Kommissionsberichte 2999.1 BPK vom 07.04.2026 und 2999.2 GPK vom 04.05.2026; Aufzeichnung ab 00:21:44.

Traktandum 6.1: 2998 SR - Immobilien: Ägeristrasse 40; Gesamterneuerung und Erstellung Kirschdepot, Objektkredit

Ausgangslage: Der Stadtrat beantragte einen Objektkredit von 3,48 Millionen Franken sowie die Verschiebung der Liegenschaft vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen. Die Vorlage steht in sachlichem, aber rechtlich getrenntem Zusammenhang mit Traktandum 6.2.

Kommissionsberichte: Die BPK empfahl Zustimmung mit 9:1 Stimmen und zog ihren Antrag auf Streichung des Referendumshinweises zurück. Die GPK empfahl Zustimmung mit 5:1 Stimmen und stützte die Beibehaltung des Referendumshinweises, da die Vorlage als neue einmalige Ausgabe zwischen 1 und 5 Millionen Franken dem fakultativen Referendum untersteht.

Debatte in Reihenfolge der Voten:

- **FDP-Fraktion:** Zustimmung; Antrag, dass der Stadtrat bei Nicht-Umsetzung des Kirschdepots mit einer Information zum überarbeiteten Bauprojekt in die BPK kommt.
- **Die Mitte-Fraktion:** Zustimmung; rund 70 Prozent der Kosten seien ohnehin werterhaltende Massnahmen an einem Gebäude aus dem Jahr 1884.
- **glp-Fraktion:** Zustimmung mit Vorbehalten. Mehrkosten seien bei nur 9 Prozent Reserve wahrscheinlich; ein substanzieller Teil sei nutzungsspezifisch. Ein Ja zum Objektkredit sei nicht automatisch ein Ja zum Betriebskonzept; Unterstützung des FDP-Antrags.
- **ALG/CSP-Fraktion:** Zustimmung mit Hinweis auf den jahrzehntelangen Sanierungsstau; Unterstützung des FDP-Antrags.
- **SP-Fraktion:** Zustimmung; das Gebäude solle eine öffentliche Nutzung erhalten; Unterstützung des FDP-Antrags.
- **SVP-Fraktion:** Klare Ablehnung. Die Vorlage wurde als verkappter Neubau zu Luxusbedingungen und als verdeckte Quersubventionierung von Privaten kritisiert. Für den Annahmefall wurde ein Antrag auf Unterstellung unter die Urnenabstimmung angekündigt.
- **Einzelvoten:** Aus der ALG/CSP-Fraktion wurden die Initianten und der Standort am Rand der Altstadt verteidigt; zudem wurde eine Erläuterung der Kosten von 3,48 Millionen Franken verlangt.

Stellungnahme Stadtrat: Stadtrat Urs Raschle (Die Mitte) übernahm den FDP-Antrag und sagte zu, bei Nicht-Realisierung des Kirschdepots die BPK zu informieren. Er begründete die hohen Kosten mit dem schlechten Substanzzustand, Brandschutzauflagen und der Integration der Schaubrennerei.

Anträge und Ergebnis: Dem Beschlussentwurf inklusive übernommenem FDP-Antrag wurde mit 27 Ja zu 6 Nein bei 3 Enthaltungen zugestimmt. Der Antrag der SVP-Fraktion auf Unterstellung unter die Urnenabstimmung gemäss § 63 GSO wurde mit 9 Ja zu 24 Nein bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Nachvollziehbarkeit: Vorlage 2998 SR vom 24.03.2026; Kommissionsberichte 2998.1 BPK vom 07.04.2026 und 2998.2 GPK vom 04.05.2026; Aufzeichnung ab 01:05:48.

Traktandum 6.3: 3000 SR - Immobilien: Artherstrasse 112 in Oberwil bei Zug, Gesamterneuerung; Objektkredit

Ausgangslage: Der Stadtrat beantragte einen Kredit von 2,92 Millionen Franken für die Gesamterneuerung des Gebäudes an der Artherstrasse 112 (Baujahr 1831) der Stiftung Freizeitanlage Oberwil. Vorgesehen sind unter anderem Bistro, Begegnungs- und Kursräume sowie ein behindertengerechter Zugang. Ein Mitglied der FDP-Fraktion trat in den Ausstand.

Kommissionsberichte: Die BPK verzichtete auf eine mündliche Berichterstattung und verwies auf den schriftlichen Bericht (Zustimmung 10:0). Die GPK empfahl einstimmig Zustimmung; die Trägerschaft mit bekannten Stiftungsräten sei breit abgestützt.

Debatte in Reihenfolge der Voten:

- **Die Mitte-Fraktion:** Einstimmige Zustimmung; die FZA sei ein identitätsstiftender Quartiertreffpunkt für Oberwil und die Stadt.
- **SP-Fraktion:** Zustimmung; die FZA solle zu einem echten Quartierzentrum werden. Für künftige Vorhaben wurde eine sorgfältige Stakeholder-Analyse vor Mitwirkungsprozessen angemahnt.
- **glp-Fraktion:** Zustimmung mit Vorbehalten: Die Folgekosten ab 2027 seien noch unklar, und eine Pilotphase brauche messbare Kennzahlen zu Auslastung und Kostendeckung. GGZ und Nachbarschaft Oberwil-Gimenen sollten als Mitstifterinnen stärker einbezogen werden.
- **FDP-Fraktion:** Zustimmung; das Haus mache einen begrüssenswerten Schritt aus der Nische.
- **ALG/CSP-Fraktion:** Zustimmung; Anregung, lokale Vereine sowie Nachbarinnen und Nachbarn nicht mit Mieten zu belasten und ruhige Aussennutzungen ins Konzept aufzunehmen.
- **SVP-Fraktion:** Zustimmung; die Vorlage verbinde notwendige Sanierung mit klarem öffentlichem Nutzen.

Stellungnahme Stadtrat: Stadtrat Urs Raschle (Die Mitte) verwies auf die kommende Leistungsvereinbarung und die Kostenmiete. Stadtrat Etienne Schumpf (FDP) bestätigte, dass konkrete Kennzahlen Teil der Leistungsvereinbarung sein werden.

Anträge und Ergebnis: Es wurden keine Sachanträge gestellt. Dem Beschlussentwurf wurde mit 35 Ja zu 0 Nein bei 0 Enthaltungen zugestimmt.

Nachvollziehbarkeit: Vorlage 3000 SR vom 24.03.2026; Kommissionsberichte 3000.1 BPK vom 07.04.2026 und 3000.2 GPK vom 04.05.2026; Aufzeichnung ab 02:06:24.

Traktandum 7.1: 2990 SR - Motion der FDP-Fraktion vom 15.10.2025 betreffend Abschaffung der Elternbeiträge für Schullager

Ausgangslage: Die Motion verlangte, die Elternbeiträge für obligatorische Schullager abzuschaffen. Die GPK hatte das Anliegen bereits in der Budgetberatung 2026 aufgenommen; der GGR stimmte dem Mehraufwand von rund 70'000 Franken pro Jahr im Dezember 2025 zu.

Debatte in Reihenfolge der Voten:

- **FDP-Fraktion:** Begrüsste die rasche und pragmatische Umsetzung, positive Rückmeldungen aus der Schulkommission und die administrative Entlastung.
- **SP-Fraktion:** Begrüsste das Anliegen; es sei bereits in der Budgetvisitation 2024 angestossen worden. Lager gehörten zum obligatorischen Unterricht.
- **SVP-Fraktion:** Begrüsste die Umsetzung ausdrücklich als gelungenes Beispiel bürgerlicher Sozialpolitik mit administrativer Entlastung.
- **glp-Fraktion:** Begrüsste die Abschaffung; der Aufwand der Erhebung stehe nicht mehr im Verhältnis zum Ertrag, die Abschreibung sei konsequent.
- **ALG/CSP-Fraktion:** Begrüsste die Entlastung besonders für Familien mit mehreren Kindern; Familien und Schulen könnten bereits im neuen Schuljahr profitieren.

Stellungnahme Stadtrat: Stadtrat Etienne Schumpf (FDP) wertete die Abschaffung als gelungenes Zusammenspiel von GPK, GGR und Stadtrat.

Anträge und Ergebnis: Keine Gegenanträge. Der Rat nahm den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis, erklärte die Motion stillschweigend als erheblich und schrieb sie von der Geschäftskontrolle ab.

Nachvollziehbarkeit: Vorlage 2990 SR vom 24.02.2026; Aufzeichnung ab 02:34:37.

Traktandum 7.2: 2988 SR - Postulat der Fraktion Die Mitte vom 25.05.2025 betreffend transparente Übersicht über die öffentlichen Parkplätze der Stadt Zug

Ausgangslage: Das Postulat verlangte eine umfassende Übersicht über öffentlich zugängliche Auto- und Veloparkplätze. Der Stadtrat verweist auf eine GIS-basierte interaktive Karte; die Daten sind als Open Government Data öffentlich zugänglich.

Debatte in Reihenfolge der Voten:

- **Die Mitte-Fraktion:** Würdigte die Übersicht als Grundlage für die kommende Mobilitätsplanung und stellte die personelle Frage zur strategischen Nutzung der Daten.
- **glp-Fraktion:** Würdigte die hohe Präzision der erhobenen Zahlen und mahnte vergleichbare Datengrundlagen auch bei Hitze und Photovoltaik an.
- **SVP-Fraktion:** Würdigte die Übersicht und forderte den Stadtrat auf, angesichts des Bevölkerungswachstums eher Parkplätze zu schaffen als abzubauen.
- **ALG/CSP-Fraktion:** Würdigte die Daten, wies aber auf wenige überdachte Veloplätze, fehlende Filter für Lastenvelos, nur wenige Parkplätze mit Elektroladung sowie zu wenige normgerechte Rollstuhl-Parkplätze hin.
- **FDP-Fraktion:** Würdigte die Datendichte ironisch und merkte an, dass kantonale Auto-Parkplätze nicht erfasst sind.

Stellungnahme Stadtrat: Stadträtin Barbara Gysel (SP) hielt fest, dass die Mobilitätsplanung im Baudepartement angesiedelt ist und das Thema Hindernisfreiheit über den laufenden Sensability-Check ergänzt werden kann.

Anträge und Ergebnis: Keine Gegenanträge. Der Rat nahm den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis; das Postulat wurde von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

Nachvollziehbarkeit: Vorlage 2988 SR vom 17.02.2026; Aufzeichnung ab 02:43:23.

Traktandum 7.3: 2992 SR - Interpellation E. Ambühl Tarnowski (SP) und Mitunterzeichnende vom 23.06.2025 betreffend strategische Reserve Öffentliche Zone OeIB im Gebiet Lüssi Göbli

Ausgangslage: Im Rahmen der Gesamtrevision der Ortsplanung wurde für einen Teil des Gebiets Lüssi Göbli eine separate Teilrevision der Zonierung in Aussicht gestellt. Die Interpellation hinterfragte Bedarf und Vorgehen.

Debatte in Reihenfolge der Voten:

- **SP-Fraktion:** Würdigte den Bericht; sah derzeit keinen unmittelbaren Bedarf für eine Einzonung, wollte das Areal aber als strategische Reserve im Blick behalten und Gespräche mit Eigentümerschaften, Baar und Kanton früh führen.
- **Die Mitte-Fraktion:** Würdigte das Gebiet als strategisch wichtige Raumreserve bis 2050 und verlangte, den Austausch mit Baar und Kanton fortzuführen.
- **ALG/CSP-Fraktion:** Würdigte den Bericht, betonte den Schutz von ISOS und Fruchtfolgeflächen und warnte beim Masterplan Sport vor «Gärtchendenken»; die Erweiterung im Ahornpark wurde begrüsst.
- **SVP-Fraktion:** Würdigte kritisch: Der Bedarf für Schul-, Wohn- und Sportraum sei nicht belegt, die Stadt sehe von einer Teilrevision ab; privaten Grundeigentümern sei Planungssicherheit zurückzugeben.

Stellungnahme Stadtrat: Stadträtin Eliane Birchmeier (FDP) hielt fest, dass eine Erbgemeinschaft als Eigentümerschaft mehrheitlich an einer Umzonung interessiert sei; die Stadt wolle das Gebiet als langfristige Planungsreserve im Auge behalten.

Anträge und Ergebnis: Keine Sachanträge. Die Antwort des Stadtrats wurde zur Kenntnis genommen; die Interpellation wurde als erledigt abgeschrieben.

Nachvollziehbarkeit: Vorlage 2992 SR vom 03.03.2026; Aufzeichnung ab 02:58:40.

Traktandum 7.4: 2993 SR - Interpellation der glp-Fraktion vom 20.08.2025 betreffend zukunftsfähige Schulbauten: Tut die Stadt genug, um Kinder und Lehrpersonen vor zunehmender Hitzebelastung zu schützen?

Ausgangslage: Die Interpellation fragte nach Messwerten und konkreten Massnahmen gegen sommerliche Überhitzung in Schulhäusern. Die Antwort des Stadtrats stützte sich vor allem auf Planungs- und Minergiestandards.

Debatte in Reihenfolge der Voten:

- **glp-Fraktion:** Beantragte ablehnende Kenntnisnahme. Trotz sechs Monaten Bearbeitungszeit enthalte die Antwort keinen Temperaturmesswert; vorhandene Thermal-Mapping-Sensoren seien nicht ausgewertet worden. «Trinken und flüchten» sei kein Ersatz für bauliche Massnahmen.
- **ALG/CSP-Fraktion:** Unterstützte die ablehnende Kenntnisnahme; viele Punkte seien kaum beantwortet, vorhandene Messwerte nicht ausgewiesen.
- **SVP-Fraktion:** Beantragte normale Kenntnisnahme; bei Neubauten und Sanierungen würden gültige Vorschriften und Labels eingehalten.
- **SP-Fraktion:** Unterstützte die ablehnende Kenntnisnahme und erwartete von der zweiten Interpellation der glp eine detailliertere Beantwortung.

Stellungnahme Stadtrat: Stadträtin Eliane Birchmeier (FDP) wies die Polemik des Hauptvotums zurück, nahm die übrigen Anregungen aber auf.

Anträge und Ergebnis: Der Antrag der glp auf ablehnende Kenntnisnahme wurde mit 15 Ja zu 20 Nein bei 0 Enthaltungen abgelehnt. Die Interpellation wurde damit zur Kenntnis genommen und als erledigt abgeschrieben.

Nachvollziehbarkeit: Vorlage 2993 SR vom 03.03.2026; Aufzeichnung ab 03:14:45.

Traktandum 7.5: 2994 SR - Interpellation der FDP-Fraktion vom 24.11.2025 betreffend «Gebäudetyp E»

Ausgangslage: Der «Gebäudetyp E» soll Abweichungen von nicht sicherheitsrelevanten Baunormen ermöglichen, um schlanker und kostengünstiger zu bauen. Die Interpellation fragte nach Kenntnis und Handlungsspielraum des Stadtrats.

Debatte in Reihenfolge der Voten:

- **FDP-Fraktion:** Effizientere Bewilligungsverfahren seien notwendig; der kommunale Hebel sei kurz, aber vorhanden. Praxistauglichkeit habe Priorität.
- **SVP-Fraktion:** Unterstützte das Anliegen ausdrücklich; nur Sicherheits- und Umweltnormen sollten zwingend gelten. In der zweiten Lesung der Ortsplanungsrevision seien Hürden abzubauen.
- **SP-Fraktion:** Hielt das Anliegen für nachvollziehbar, warnte aber vor Abstrichen bei Sicherheits-, Bauqualitäts- und Nachhaltigkeitsstandards. Potenzial sah sie vor allem beim Bauen im Bestand.
- **glp-Fraktion:** Sah den kommunalen Spielraum wegen Bundes- und Kantonsnormen sowie Haftungsrecht als klein. Die SIA erarbeite bis 2029 eine Norm; deren Ergebnis sei abzuwarten.
- **ALG/CSP-Fraktion:** Befürwortete den Ansatz aus Nachhaltigkeits- und Wohnkostengründen, besonders für Umbauten im Bestand, und regte ein wissenschaftlich begleitetes Pilotprojekt der Stadt Zug an.

Anträge und Ergebnis: Keine Sachanträge. Die Antwort des Stadtrats wurde zur Kenntnis genommen; die Interpellation wurde als erledigt abgeschrieben.

Nachvollziehbarkeit: Vorlage 2994 SR vom 03.03.2026; Aufzeichnung ab 03:27:54.

Traktandum 7.6: 3001 SR - Motion M. Amato Mengis (SP) und Mitunterzeichnende vom 11.12.2023 betreffend nachhaltig sichere Schulwege in der wachsenden Stadt Zug

Ausgangslage: Die Motion verlangte eine systematische Überprüfung der Schulwege und einen Aktionsplan zur Schulwegsicherheit. Der Stadtrat legte das «Konzept Schulwegsicherheit» vor; Umsetzungsplattform ist «Notiqo».

Debatte in Reihenfolge der Voten:

- **SP-Fraktion:** Die Motion habe einen Paradigmenwechsel ausgelöst; Schulwegsicherheit sei nun als Aufgabe der Stadt verankert. Positiv seien systematische Erfassung, Meldetool und bessere Information; Verbesserungsbedarf bestehe bei Baustellen und Elterntaxis.
- **glp-Fraktion:** Würdigte einen grossen Wurf mit 745 Schulwegen und 1'256 Rückmeldungen; mahnte aber die Priorisierung gefährlicher Stellen unabhängig vom Belagszyklus sowie bauliche Lenkung beim Elterntaxi an.

- **ALG/CSP-Fraktion:** Begrüsste Konzept und Tool «Notiqo», lobte das schnelle Eingreifen beim Datenschutz sensibler Bewegungsdaten von Kindern und mahnte lösungsorientierte Antworten an.
- **FDP-Fraktion:** Nahm Kenntnis und verlangte mehr Geschwindigkeitskontrollen in 30er-Zonen, weniger Elterntaxis und schnelleres Handeln bei Baustellen.
- **SVP-Fraktion:** Beantragte Nichterheblicherklärung. Die Unfallstatistik belege keinen Handlungsbedarf in diesem Umfang; befürchtet wurde eine verkappte verkehrspolitische Agenda.
- **Die Mitte-Fraktion:** Begrüsste Bericht und Konzept; aus der Sicherheitsbranche wisse man, dass «noch nie passiert» kein Handlungskriterium sei. Die systematische GIS-/Notiqo-Planung sei richtig.

Stellungnahme Stadtrat: Stadträtin Barbara Gysel (SP) verwies auf 18 bereits umgesetzte Sofortmassnahmen. Das Konzept sei eine lernende Planung; Ziel sei, vor Unfällen zu handeln.

Anträge und Ergebnis: Der Antrag der SVP-Fraktion auf Nichterheblicherklärung wurde mit 8 Ja zu 27 Nein bei 0 Enthaltungen abgelehnt. Damit wurde die Motion mit 27 Ja zu 8 Nein erheblich erklärt und von der Geschäftskontrolle abgeschrieben. Erfüllungsfrist gemäss § 42a GSO: zwei Jahre.

Nachvollziehbarkeit: Vorlage 3001 SR vom 31.03.2026; Aufzeichnung ab 03:41:53.

Ordnungsantrag

Vorziehen von Traktandum 7.8 vor 7.7 wegen Anwesenheit eines Gastes

Ergebnis: Auf Vorschlag des Ratspräsidenten und in Absprache mit der SVP-Fraktion wurde stillschweigend beschlossen, Traktandum 7.8 wegen der Anwesenheit einer Vertreterin des Zuger Imkervereins vor 7.7 zu behandeln und die Sitzung anschliessend abubrechen. Traktandum 7.7 wurde auf die Sitzung vom 16.06.2026 vertagt.

Traktandum 7.8: 3002 SR - Postulat der SVP-Fraktion vom 13.03.2025 betreffend «Stadt Zuger Honig - ein nachhaltiger Pilotversuch!»

Ausgangslage: Das Postulat verlangte einen dreijährigen Pilotversuch mit kostenlosen Standplätzen für Imkerinnen und Imker auf öffentlichem Grund sowie Vermarktung als «Stadt-Zuger Honig». Der Stadtrat ist bereit, gemeinsam mit dem Zuger Imkerverein und dem Bieneninspektorat zusätzliche Standplätze zu prüfen.

Debatte in Reihenfolge der Voten:

- **SVP-Fraktion:** Würdigte die positive Beantwortung, bedauerte jedoch die ausgeschöpfte Frist von einem Jahr.
- **glp-Fraktion:** Würdigte den sympathischen, lokal verankerten Vorstoss und nahm den Bericht positiv zur Kenntnis.
- **SP-Fraktion:** Würdigte den Vorstoss, mahnte aber: Im Kanton Zug sei die Bienenvölkerdichte sehr hoch, zusätzliche Stände seien nur nach Prüfung angezeigt. Wildbienen sollten gleichberechtigt gefördert werden; nötig seien mehr Wildblumenwiesen und Pestizidverzicht.
- **ALG/CSP-Fraktion:** Würdigte das Anliegen grundsätzlich; spannend wäre ein innerstädtischer Standort, der Bedürfnisse der Honigbienen und das Imkereihandwerk breiteren Kreisen vermittelt.

Anträge und Ergebnis: Keine Gegenanträge. Der Rat nahm den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis; das Postulat wurde von der Geschäftskontrolle abgeschrieben. Anschliessend wurde die Sitzung um 21:15 Uhr

geschlossen; Traktandum 7.7 (2996 SR - SVP-Postulat Jahres-Parkkarte) sowie die restlichen Traktanden 7.9 und 8.1-8.8 wurden auf die Sitzung vom 16.06.2026 vertagt.

Nachvollziehbarkeit: Vorlage 3002 SR vom 07.04.2026; Aufzeichnung ab 04:11:56.

Abschluss der Sitzung um 21:15 Uhr. Nächste Sitzung: 16.06.2026, 17:00 Uhr, Kantonsratssaal Zug.